

Fünf Denkanstöße zum Verhältnis von Demokratie und Geschlechtergleichstellung in der EU

Julia Lux

1 Demokratie braucht Geschlechtergleichstellung.

Demokratie verspricht gleiche Teilhabe für alle. Wenn demokratische Gesellschaften Menschen aufgrund ihres Geschlechts von politischer Teilhabe ausschließen, wird dieses Versprechen gebrochen. Damit verliert Demokratie an Legitimität.

In der Europäischen Union sind Demokratie und Geschlechtergleichstellung als Grundwerte in den Verträgen festgehalten. Diese Werte zu leben, zu verwirklichen und zu schützen, ist allerdings ein andauernder, unvollständiger Prozess.

2 Geschlechtergleichstellung braucht Demokratie.

Demokratien sind nach heutigem Demokratieverständnis der Gleichheit verpflichtet: Alle Menschen sollen gleich teilhaben können. Geschlechtergleichstellung hat ein wichtiges Ziel: die historisch gewachsene Schlechterstellung einer größeren Gruppe der Bevölkerung (Frauen* und geschlechtliche Minderheiten) aufzuheben. Feministische Politiker*innen und Aktivist*innen können in demokratischen Systemen mehr mitbestimmen als in undemokratischen.

Die Europäische Union hat sich nach der Verpflichtung zum Gleichheitsprinzip bei Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 offen für feministische Anliegen gezeigt. Dennoch gibt es weiterhin viele unerfüllte feministische Forderungen, etwa nach einem Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

3 Geschlechtergleichstellung, die auf einem diversen Verständnis von Geschlecht basiert, ist demokratischer als die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Werden Menschen mit geschlechtlichen Identitäten außerhalb der binären Kategorien Frauen und Männer in Gleichstellungspolitik miteinbezogen, unterstützt dies die Gleichheit aller Geschlechter und wahrt somit das Gleichheitsversprechen der Demokratie. Darüber hinaus befördert ein diverses Geschlechtsverständnis das Aufbrechen von Geschlechterrollen und -hierarchien und stärkt damit Geschlechtergleichstellungspolitik.

In der Europäischen Union gibt es Bestrebungen, Geschlecht divers zu verstehen, etwa in der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020 bis 2025 oder der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020 bis 2025. Dies erfordert aber die

Anpassung bisheriger Gesetzestexte und trifft auch auf Widerspruch.

4 Gleichstellung, die Intersektionalität mitdenkt, ist demokratischer als Geschlechtergleichstellung.

Werden weitere Achsen von Ungleichheit – etwa rassistische Zuschreibung, Sexualität, Behinderung oder Alter – bei Gleichstellungspolitik mitgedacht und verschränkt verstanden, ermöglicht dies eine inklusivere und umfassendere Gleichstellungspolitik. Diese ist demokratischer, weil sie das Gleichheitsversprechen wahrt. Ausschlüsse von Menschen aufgrund ihrer diversen Identitäten unterminieren das demokratische Gleichheitsprinzip.

In der Europäischen Union wurde im Rahmen der Union der Gleichheit Intersektionalität als Leitidee formuliert. Nun gilt es, die Erkenntnisse eines intersektionalen Verständnisses von Ungleichheit und Schlechterstellung effektiv und systematisch zu verankern und umzusetzen.

5 Eine demokratische Organisation des Wirtschaftens führt zu mehr Geschlechtergleichstellung und Demokratie.